



Inhalt:

Aktuelles:

- Weltfrauentag ist jeden Tag
Kerstin Westphal.....2
- UN-Erkundungsmission zum Gaza-Konflikt
Wolfgang Kreissl-Dörfler.3
- Die Genkartoffel "Amflora"
Ismail Ertug.....4
- Abzug der letzten US-Atomwaffen
Wolfgang Kreissl-Dörfler 6
- Kampf gegen Zahlungsverzug
Kerstin Westphal. 7
- Eisenbahnpaket verzögert
Ismail Ertug.....8
- Starkes Europa - starke Kommunen
Kerstin Westphal.....9
- Service:**
- Wichtige Termine in Bayern.....10
- Kontakt.....12

Liebe Leserinnen und Leser,

willkommen zur zweiten Ausgabe unseres Newsletters, in dem wir Euch wieder über unsere Arbeit berichten wollen.

Vergangene Woche Montag wurde anlässlich des Weltfrauentags auf die Situation der Frauen in Europa aufmerksam macht. Über dem Haupteingang des Parlaments hängen seit vergangener Woche große Tafeln, auf denen "Violence against women: we can stop it!" ("Gewalt gegen Frauen - wir können sie beenden!") zu lesen ist. Kerstin Westphal bezieht Stellung, wie dieses Einhaltgebieten konkret aussehen kann. Erfreuliche Nachricht hält sie bereit für kleine und mittelständische Unternehmer, die sich mit Zahlungsverzug herum schlagen müssen.

Der Abzug von Atomwaffen aus Europa ist ein wichtiger Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Welt. Hierzu äußert sich Wolfgang Kreissl-Dörfler und bezieht auch zum Goldstone-Bericht Stellung, der vergangene Woche im Parlament diskutiert wurde.

Ismail Ertug setzt sich mit der genetisch veränderten Kartoffel "Amflora" von BASF auseinander, deren Zulassung von Rat und Kommission wie ein schwarzer Peter über Jahre hin- und hergeschoben wurde. Außerdem gibt er seine Einschätzung von Verkehrskommissar Siim Kallas wieder, der bei einer mündlichen Anhörung leider keine konkreten Aussagen zustande brachte.

Viel Spaß beim Lesen wünschen

Kerstin Westphal, Wolfgang Kreissl-Dörfler und Ismail Ertug

Weltfrauentag ist jeden Tag

von Kerstin Westphal



Bild: www.dgb-frauen.de/themen/entgeltgleichheit/equal-pay-day-2010

Der internationale Frauentag (am Montag, 8. März) war auch für das Europaparlament ein guter Anlass für eine ausführliche Debatte zur Lage der Frauen in Europa. Diskutiert wurde über Einkommensunterschiede, Gewalt gegen Frauen und über eine stärkere Interessensvertretung. Kritik musste die Europäische Kommission einstecken, die einen auf fünf Jahre angelegten Plan zur Gleichstellung der Frauen in Europa vorlegte, ohne im Vorfeld mit der Öffentlichkeit oder mit dem Parlament darüber gesprochen zu haben.

Wir Sozialdemokraten haben auch in dieser Debatte nochmals deutlich gemacht, dass eine Gesellschaft nicht auf Gleichheit basiert, wenn Männer und Frauen für die gleiche Arbeit unterschiedlichen Lohn bekommen. Nicht zuletzt Deutschland hat hier Nachhol-Bedarf: Für uns ist es nicht akzeptabel, dass die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland besonders groß sind. Frauen in Deutschland verdienen durchschnittlich 23,2 Prozent weniger als Männer. Der EU-Durchschnitt liegt bei 18 Prozent.

Das Parlament setzt sich schon lange für die Frauen in Europa ein. So wurde im November 2009 eine Resolution zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen angenommen. Die Kernaussagen dieser Resolution lauten: Männliche Gewalt gegen Frauen ist ein weit verbreitetes strukturelles Problem, das sowohl Opfer wie auch Täter unabhängig von Alter, Bildung, Einkommen oder sozialer Stellung betrifft und das mit der ungleichen Machtverteilung zwischen Frauen und Männern in unserer Gesellschaft in Verbindung steht. In der Resolution haben wir die Europäische Kommission zum Beispiel aufgefordert, einen Vorschlag für eine Richtlinie vorzulegen, die darauf abzielt, jegliche Gewalt gegen Frauen zu verhindern und zu bekämpfen.

Equal Pay Day

Übrigens, zum Thema Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern: Am **26. März** ist "**Equal Pay Day**". Dieser Termin markiert den Zeitraum, den Frauen in Deutschland über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen. Alle Frauen sind aufgerufen, am 26. März rote (Hand-)Taschen zu tragen.

Umstrittener Gleichstellungsbericht

Nicht immer spricht das Parlament allerdings mit "einer Stimme". So haben sich viele konservative Abgeordnete - wenige Wochen vor dem Weltfrauentag - kontraproduktiv verhalten: Bei der Abstimmung über den "Bericht zur Gleichstellung von Männern und Frauen in der EU" im Februar hat ein Großteil der Konservativen Verbesserungen der Situation der Frauen abgelehnt. Der Grund für die Ablehnung war ein Absatz, nach dem die Kontrolle über die sexuellen und reproduktiven Rechte stets bei den Frauen bleiben muss, insbesondere mit Hilfe eines ungehinderten Zugangs zu Verhütung und Abtreibung. Wir Sozialdemokraten können nur an die Konservativen appellieren, ihre Haltung zu revidieren und endlich anzuerkennen, dass Frauen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben haben.



Bild: wikipedia.de/gazastreifen

S&D-Fraktion unterstützt die UN-Erkundungsmission zum Gaza-Konflikt

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Leider stimmen die neuesten Entwicklungen im Nahost-Konflikt nicht gerade positiv. Das Europäische Parlament und auch die Fraktion der Sozialisten & Demokraten sind tief besorgt über die letzten Ankündigungen der israelischen Regierung, rund 1600 neue Wohnungen in Ostjerusalem bauen zu wollen. Wir befürchten, dass diese Wiederaufnahme der Siedlungspolitik nachhaltig den Friedensprozess in der Region gefährdet.

Am 5. November 2009 erst hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen dem Bericht der UN-Erkundungsmission zum Gaza-Konflikt zugestimmt, der

im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats unter der Leitung des südafrikanischen Richters Richard Goldstone erstellt worden war.

Der bei manchen umstrittene Bericht kommt zu der Erkenntnis, dass sowohl auf israelischer, als auch auf palästinensischer Seite Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen worden seien, die aufgeklärt werden müssten. Nun hat das Europaparlament in seiner letzten Plenartagung eine Entschließung angenommen, in der es diesen Goldstone-Bericht unterstützt. Die Entschließung, eingebracht von den Fraktionen der Sozialdemokraten, Liberalen,

Grünen und der Linken, wurde mit 335 Stimmen dafür, 287 Stimmen dagegen und 43 Enthaltungen angenommen. Israel hatte den Untersuchungsbericht als "parteiisch" abgelehnt und zuletzt mit allen Kräften versucht, die Zustimmung des Europaparlaments zu verhindern. Die S&D-Fraktion bewertet den Expertenbericht jedoch als ausgewogen.

Wir Sozialdemokraten im Europaparlament unterstreichen in der Entschließung, dass die Achtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte durch alle Betroffenen und unter allen Umständen sowie die Vertrauensbildung zwischen Israelis und Palästinensern entscheidende Faktoren eines Friedensprozesses sind, der zu zwei Staaten führen soll, die nebeneinander in Frieden und Sicherheit existieren. Zudem verlangen wir unabhängige Ermittlungen vermeintlicher Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und fordern die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten auf, die Nachfolgeuntersuchungen auf beiden Seiten und die Umsetzung der Empfehlungen des Goldstone-Berichts genau zu überwachen. Die Resolution des Parlaments unterstreicht auch die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen Behörden und Nichtregierungsorganisationen (NRO) für eine Konfliktlösung und fordert alle beteiligten Seiten auf, Maßnahmen, die die Aktivitäten der betroffenen NRO einschränken, zu unterlassen. Trotz der negativen Meldungen der letzten Tage geben wir Sozialdemokraten die Hoffnung auf einen nachhaltigen Frieden zwischen Israelis und Palästinensern nicht auf. Im Europäischen Parlament setzt sich unsere Fraktion nach besten Kräften für eine rasche und dauerhafte Konfliktlösung ein, die beiden Parteien gerecht wird.



Die Genkartoffel "Amflora"

von Ismail Ertug

Zwölf Jahre lang lag die Zulassung der genetisch veränderten Kartoffel "Amflora", eine Züchtung des Chemiekonzerns BASF, auf der langen Bank. Es wäre Aufgabe der im Ministerrat vertretenen Politiker gewesen, sich für oder gegen die Kartoffel zu entscheiden, deren Stärke zur Herstellung von Kleber, Papier und als Futtermittel verwendet werden soll.

Sozialdemokraten klar gegen "Amflora"

Bild: BASF

"Amflora" wird in der Nahrungskette auch den Menschen erreichen, Wissenschaftler können Folgen für Gesundheit und Umwelt nicht abschätzen, Schäden nicht ausschließen. Die Position von uns Sozialdemokraten ist deshalb klar: Wir sind gegen "Amflora".



Doch die Minister waren unfähig, mit einem Ja, für das spätestens bei der nächsten Wahl im Mitgliedsstaat die Quittung gekommen wäre, oder mit einem verantwortungsbewussten Nein, das die Industrielobby auf den Plan gerufen hätte, eine Entscheidung zu treffen. Die Lösung der Minister war, zwölf Jahre lang nichts zu tun.

Kommissar Dalli wurde zu Kommissar "Hoppla Hopp"

Dadurch kam die Kommission zum Zug. Der konservative maltesische Kommissar John Dalli, der dem Ressort für Gesundheit (SANCO) vorsteht, machte seinem Namen eine zweifelhafte Ehre, indem er nur drei Wochen nach Amtsantritt, am Dienstag, 03. März, die Zulassung der Knolle durchsetzte. Außerdem entschieden die Kommissare einstimmig, dass in Zukunft der Anbau oder Nicht-Anbau von gentechnisch verändertem Gemüse von den Mitgliedsstaaten entschieden werden muss.

Von uns Parlamentariern im Plenum zur Rede gestellt, antwortete Kommissionspräsident José Manuel Barroso gewohnt wendig: Seit der Anmeldung sei eine lange Frist voller Untersuchungen verstrichen, von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) seien alle wissenschaftlichen Fragen gelöst worden, ein Schaden von Umwelt und Gesundheit ausgeschlossen und deshalb auf Grundlage der vorliegenden Gutachten eine Ablehnung nicht mehr zu rechtfertigen. Zudem dürfen in Zukunft die Mitgliedsstaaten selbst entscheiden, wie sie mit gentechnisch veränderten Produkten verfahren wollen. Mit diesem "Ja, aber" löste die Kommission den Konflikt institutionell, fast elegant, inhaltlich aber hat sie versagt. Es ist gut, dass das Parlament seit Lissabon im Agrarausschuss gleichberechtigt ist mit dem Rat und wir Sozialdemokraten einer solchen Verhöhnung von Verbraucherinteressen wirksam entgegen treten können. Denn für BASF und Monsanto ist "Amflora" nur der Beginn.

Die Diskussion um die Kartoffel mit dem wohlklingenden Namen ist ein gutes Beispiel, wie EU-Politik aussieht, wenn sie schlecht betrieben wird: Minister kommen zu keiner Einigung, sitzen ein Thema aus, vergeuden Zeit und schieben der Kommission den schwarzen Peter zu. Egal wie die Kommission entscheidet, kann jeder Politiker auf nationaler Ebene vor den heimischen Medien auf "die EU" schimpfen.



Sozialdemokraten im Europäischen Parlament fordern den raschen Abzug der letzten US-Atomwaffen aus der EU

von Wolfgang Kreissl-Dörfler

Eine der größten Gefahren für Frieden und Sicherheit in der Welt stellt die Weitergabe von Massenvernichtungswaffen und ihrer

Trägersysteme dar. Während des Kalten Krieges war der sogenannte Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) ein Grundpfeiler der Weltordnung, welcher die Weiterverbreitung der militärisch genutzten Nukleartechnologie verhindert sollte. Doch in den letzten beiden Jahrzehnten gab es hier nur wenig

Fortschritte. Ein Grund liegt darin, dass manche Atommächte, die Signatarstaaten des NVV sind, Maßnahmen verzögern, die der Verringerung oder Beseitigung ihres Kernwaffenarsenals dienen und stattdessen weiter an der Militärdoktrin festhalten, die auf nuklearer Abschreckung beruht. Dabei geht die größere Nachfrage nach Nukleartechnologie und ihrer besseren Verfügbarkeit auch mit der Gefahr einher, dass diese Technologie und radioaktives Material in die Hände von kriminellen Vereinigungen und Terroristen geraten.

Erschreckend ist dabei, dass es auch auf europäischem Boden Nuklearwaffen gibt und dies in fünf NATO-Staaten, die keine Atommächte sind! So lagern nach wie vor schätzungsweise 200 US-Atomwaffen in Deutschland, Italien, den Niederlanden und Belgien sowie in der Türkei. Für uns Sozialdemokraten ist das ein deutlicher Anachronismus zu den Verpflichtungen, die sich aus dem NVV ergeben! Gemeinsam mit anderen Fraktionen haben wir daher am 10.03. in Straßburg eine Resolution verabschiedet, in der wir unter anderem die Pläne von US-Präsident Obama für eine atomwaffenfreie Welt unterstützen und den raschen Abzug der US-Atomwaffen aus europäischem Territorium fordern. Gegenstand der US-amerikanischen Pläne ist die sogenannte 'Nuclear Posture Review'. Danach wollen sich die USA verpflichten, keine weiteren Kernwaffen zu entwickeln, einschließlich solcher, die Bunker zerstören können. Zudem planen sie, den Kernwaffenbestand drastisch zu verringern. Dies bedeutet auch, dass alle noch verbliebenen US-Atomwaffen aus Europa abgezogen werden sollen. Das Europäische Parlament ist damit die erste europäische Institution, die auf diese Selbstverpflichtung der USA reagiert und das Vorhaben unterstützt.

Um unseren Forderungen noch mehr Ausdruck zu verleihen, haben wir europäische Sozialdemokraten auch einen eigenen Änderungsantrag zum Bericht über die Umsetzung der

Europäischen Sicherheitsstrategie und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Danjean-Bericht) eingereicht, der ebenfalls am 10.03. im Straßburger Plenum mehrheitlich angenommen wurde. In unserem Antrag begrüßen wir u.a., dass sich die deutsche Bundesregierung laut ihrem Koalitionsvertrag vom 24. Oktober 2009 für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland einsetzen will, als Ausdruck ihrer Unterstützung für die Politik von US-Präsident Obama, eine atomwaffenfreie Welt zu schaffen. Unser Antrag hat mehrheitlich Zustimmung gefunden. Zu unserem größten Erstaunen haben jedoch Vertreter von CDU/CSU im Europäischen Parlament dagegen gestimmt und sich damit nicht nur gegen ihre eigenen Parteifreunde im Bundestag, sondern auch gegen die getroffene Vereinbarung im Koalitionsvertrag gestellt!

Mit Blick auf die im Mai in New York stattfindende regelmäßige Konferenz zur Überprüfung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, ist uns Sozialdemokraten nun vor allem eines wichtig: Der Rat und die Mitgliedstaaten müssen einen koordinierten, positiven und sichtbaren Beitrag auf der Konferenz leisten. Was wir brauchen, ist ein ehrgeiziger Zeitplan für eine kernwaffenfreie Welt und die Verpflichtung aller EU-Mitgliedstaaten, konstruktiv und ergebnisorientiert daran mitzuwirken!



Kampf dem Zahlungsverzug - für eine bessere Zahlungsmoral in Europa

von Kerstin Westphal

Was insbesondere für viele Kleine und Mittelständische Unternehmen (KMU), wie Handwerksbetriebe und Zulieferer, seit langem ein großes Problem ist, könnte sich bald zu ihren Gunsten ändern: der Zahlungsverzug! Wenn Schuldner Forderungen ihrer Gläubiger nicht schnell genug oder in vereinbarter Zeit bedienen, führt das bei den KMU oftmals zu Zahlungsengpässen, wenn nicht gar zur Insolvenz - schließlich haben KMU nicht die finanziellen Kapazitäten wie große Unternehmen.

Mit dem Vorschlag der Überarbeitung der Zahlungsverzugsrichtlinie hat die Kommission einen Schritt in die richtige Richtung gemacht. Danach soll den KMU europaweite und einheitliche wirksame materiellrechtliche Maßnahmen gegen die öffentliche Hand und andere Unternehmen an die Hand geben werden, um den Schuldnerverzug bei der Bezahlung einzudämmen. Den Unternehmen soll europäisch einheitlich ein Dreiklang von Ansprüchen gegen ihre säumigen Schuldner zustehen: Beitreibungskosten, Verzugszinsen und eine fünfprozentige Strafzahlungssumme werden fällig, nach einer Säumnisfrist von 30 Tagen. Letzteres trifft nach dem

Kommissionsvorschlag aber nur die öffentlich Hand, wenn sie nicht innerhalb dieser Frist fällig gestellte Forderungen bedient.

Sinnvolle Änderung

Der Vorschlag der Berichterstatterin im Binnenmarkt- und Verbraucherschutzsausschuss des Europäischen Parlamentes Barbara Weiler (S&D-Fraktion) sieht einige Änderungen vor: Die im Kommissionsvorschlag genannte Differenzierung zwischen öffentlichem und privatem Sektor ist grundsätzlich aufgehoben: beide haben nunmehr eine Zahlungsfrist von 30 Tagen - Krankenhäuser deren Träger öffentliche Stellen sind, haben eine längere Zahlungsfrist von 60 Tagen. Im Übrigen kann die Zahlungsfrist nur in Ausnahmefällen auf 60 Tage verlängert werden. Die Höhe der Beitreibungskosten soll 100 € nicht überschreiten. Die Strafzahlungen sollen nunmehr ebenfalls gestaffelt werden und es wird eine maximale Höhe von 50.000 € eingeführt. Zudem sieht der Entwurf vor, dass die Mitgliedstaaten Vorschriften zu Ratenzahlungen und Abschlagszahlungen vornehmen können, um begleitend zu den Sanktionen eine Verbesserung bei Zahlungsverzügen zu erreichen. Und schließlich wird nun ebenfalls die Kommission von der Richtlinie als säumige Zahlerin erfasst.

Nächste Schritte

Wir Sozialdemokraten sehen mit diesem Berichtsentwurf, der am 08. April im Ausschuss und im Mai im Plenum abgestimmt wird, ein nunmehr ausgewogenes Verhältnis zwischen einer besseren Rechtsstellung der KMU und den Interessen der Kommunen als größte Auftraggeber gewahrt. Als nächste Schritte können wir uns vorstellen, unfaire Zahlungskonditionen zu bekämpfen - nur so kann dem Zahlungsverzug in Europa nachhaltig entgegengetreten werden!



Kommissar ohne Worte

von Ismail Ertug

Bereits im Januar, als der Verkehrsausschuss seine Tauglichkeit für den Kommissarsposten prüfte, war Siim Kallas uns Sozialdemokraten durch schwammige Antworten negativ aufgefallen. Leider ist es dem neuen Kommissar nicht gelungen, diese Zweifel am Dienstagabend, 9. März, bei einer mündlichen Anhörung im Plenum aus der Welt zu schaffen.

Als Vorsitzender des Transportausschusses hatte der britische Abgeordnete Brian Simpson konkrete Fragen zu den 2001 beschlossenen Richtlinien zum Schienenverkehr gestellt. Dieses Eisenbahnpaket regelt die Öffnung des Europäischen Marktes und hätte innerhalb von zwei Jahren von den

Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Im Anschluss überprüft die Kommission die Umsetzung und leitet gegebenenfalls ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Zumindest sollte sie das.

Wir Sozialdemokraten kritisieren, wie viel Zeit sich Kommissar Siim Kallas und sein Vorgänger Antonio Tajani ließen: Mehr als fünf Jahre verstrichen, bevor das Verfahren gegen 21 Staaten, darunter leider auch Deutschland, eingeleitet wurde. Erst im Oktober 2009 wurden erneute Aufforderungsschreiben an die Mitgliedstaaten verschickt.

In diesem Schreiben sind die Hauptkritikpunkte der Kommission an die Mitgliedstaaten, insbesondere die mangelnde Unabhängigkeit der Infrastrukturbetreiber von den Eisenbahnunternehmen, eine unzureichende Umsetzung der Richtlinie über Wegeentgelte und das Fehlen einer unabhängigen Regulierungsstelle. Siim Kallas fehlten im Plenum die Worte.

Starkes Europa - starke Kommunen

Martin Schulz, der Vorsitzende der S&D Fraktion im Europäischen Parlament war auf Einladung von MdEP Kerstin Westphal nach Schweinfurt gekommen, um über die Verzahnung der politischen Ebenen zu diskutieren. Martin Schulz plädierte dabei für eine starke kommunale Selbstverwaltung, die auch entsprechende finanziert werden müsste. „Gerade in Bayern gebe der Freistaat seine Mindereinnahmen direkt an die Kommunen weiter,“ ärgerte sich Martin Schulz. Im Bereich der Umweltpolitik und bei der Regulierung der Finanzmärkte seien jedoch die Nationalstaaten zu klein, hier sei die EU gefordert, so Schulz.



Abschließend dankte Martin Schulz allen KommunalpolitikerInnen. „Ihr seid das Rückgrad der Demokratie“.



Termine in Bayern

MdEP Wolfgang Kreissl-Dörfler

Freitag, 16. April: "Freiheit & Europa – Wie hohe Mauern braucht das Land" im Rahmen der Münchner Kammerspiele

<http://www.muenchner-kammerspiele.de/index.php?URL=index.php%3F%26SeitenID%3Dhome>

Dienstag, 20. April: Empfang einer Besuchergruppe des Domenikus-Ringreisen-Werks in Straßburg

Freitag, 23. April, bis Sonntag, 25. April: Klausur des Landesvorstands BayernSPD

Montag, 26. April, bis Sonntag, 2. Mai: Delegationsreise der S&D Fraktion nach Washington mit Gesprächen, unter anderem zu den Themen: SWIFT, Datenschutz, Bürgerrechte, Handelsfrage und der Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

MdEP Kerstin Westphal

Montag, 15. März 2010, 19h: Teilnahme an einer Diskussion zum Thema "Wie sozial ist Europa?" auf Einladung des Informationsbüros der Europäischen Kommission, Bildungszentrum Pillenreutherstr. in Nürnberg.

Freitag, 19. März, 10h: Teilnahme am ostunterfränkischen Bauerntag, Müller Landtechnik in Dittelbrunn.

Samstag, 20. März, 10.30h: Vorstand der UnterfrankenSPD, SPD-Geschäftsstelle am Kornmarkt; vorab unterstützt der Vorstand den Wahlkampf zur Stichwahl von SPD-OB Kandidatin Kathi Petersen auf dem Marktplatz.

Freitag, 26. März, 11h: Eröffnung des Cafés Europa, Sozialzentrum ZAE Zirndorf.

Samstag, 10. April, 10h: Rede auf der Landeskonferenz der AsF Bayern, Schweinfurt.

Samstag, 17. April, 15h: Feier zu 35 Jahren Offene BehindertenArbeit (OBA) der Diakonie Schweinfurt, Naturfreundehaus Schweinfurt.

Freitag, 23. April, 11h: Besuch des Stands der Jusos auf der EXPO in Main-Spessart.

Freitag, 23. April, 13.30h: Teilnahme an den Weiterbildungstagen mit DGB, IHK und HWK, Luisengarten in Würzburg.

Samstag, 24. April, 10h: Klausur des SPD-Landesvorstands.



MdEP Ismail Ertug

Samstag, 20. März, ganztägig: Tour zu Verkehrs- und Landwirtschaftsthemen mit dem Arbeitskreis Labertal;

10 Uhr: Besichtigung Hundertwasserturm, Startschuss für „Via Nova“;

11:15 Uhr: Bürgermeister Thomas Reimer empfängt im Rathaus in Neustadt, Vorstellung der Planung B16/299; 13 Uhr: Neufahrn (geplant: Besuch eines landwirtschaftlichen Betriebs, Ortstermin an der B15 neu);

15 Uhr: Geiselhöring (Naherholungszentrum Hart); 16.15 Uhr: Metzgerei Jungmaier

17 Uhr: Sünching (Stärkefabrik)

18.30 Uhr: Stiftsgaststätte Aufhausen (Abendveranstaltung: Landwirtschaft und Tourismus - Perspektiven für die Region).

Freitag, 26. März, 14 Uhr: Besichtigung des BMW-Werks in Harting und Fachgespräche zur dortigen Entwicklung intelligenter Verkehrssysteme.

Sonntag, 28. März, 11 Uhr: Eröffnung der Wanderausstellung "Goldene Straße" im Amberger Stadtmuseum.

Dienstag, 30. März, ganztägig: Hintergrundgespräch mit dem Euregio Büro in Freyung und Jahreshauptversammlung des Unterbezirks Deggendorf-Freyung-Grafenau.

Freitag, 9. April, 17 bis 18 Uhr: Interview mit den RedakteurInnen von "Humborazzo", der Ortsteilzeitung Soziale Stadt Regensburg.

Freitag, 16. April, ab 14 Uhr: Betriebsbesuch des neuen BMW-Werks in Dingolfing.

Freitag, 16. April, 19 Uhr: Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Konradsiedlung.

Samstag, 17. April, 14 Uhr: Kreiskonferenz des SPD-Kreisverbands Dingolfing-Landau.

Freitag, 23. April, 9 Uhr: Vorstellen des Schulmilchprogramms der EU an der Montessori-Schule in Landau.

Freitag, 23. April, 10.30 Uhr: Vorstellen des EU-Schulmilchprogramms an der Volksschule Ergoldsbach und Diskussion mit Schülern der 8. und 9. Klasse.

Freitag, 23. April, 14 Uhr: Treffen mit Bauern aus Landshut und Umgebung zu den Themen Photovoltaik, Milchproduktion und -vermarktung sowie Tiertransporten.

Samstag, 24. April, 11.30 Uhr: Teilnahme an der Aktion "Rollentausch" in der Caritas Sozialstation Amberg.



So erreicht ihr unsere Büros...

... in Brüssel:

Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G354 Büro Low T07027
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 47110; Fax: +32 (0)228 49110
E-Mail: wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu
Ansprechpartnerinnen:
Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Kerstin Westphal, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G351 Büro Low T07025
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 47534; Fax: +32 (0)228 49534
E-Mail: kerstin.westphal@europarl.europa.eu
Ansprechpartner:
Dr. Clemens zur Hausen und Philipp Krieg

Ismail Ertug, MdEP

European Parliament
Büro ASP 12G342 Büro Low T07023
Rue Wiertz 60 Allée du Printemps
B-1047 Brussels F-67070 Strasbourg
Telefon: +32 (0)228 45547; Fax: 32 (0)228 49547
E-Mail: ismail.ertug@europarl.europa.eu
AnsprechpartnerInnen:
Arzu Mouchtar, Maria von Stern und Fatih Aydogan

... und daheim:

Europabüro

Oberanger 38/I
80331 München
Telefon: (089) 21 02 43 61
Fax: (089) 21 02 43 61
Mail: info@kreissl-doerfler.de
Homepage: www.kreissl-doerfler.de
Ansprechpartnerin: Britta Besan
Bürozeiten: Mo-Do 9-17 Uhr, Fr 9-12 Uhr

Europabüro Schweinfurt

Kornmarkt 17
97421 Schweinfurt
Telefon: (09721) 715 716
Fax: (09721) 474 08 84
Mail: eder@kerstin-westphal.de
Homepage: www.kerstin-westphal.de
Ansprechpartnerin: Marietta Eder
Bürozeiten: Mo-Do 9-16 Uhr, Fr. 9-13 Uhr

Europabüro Oberpfalz

Richard-Wagner-Str. 4
93055 Regensburg
Telefon: (0941) 29 79 98 73
Fax: (0941) 29 79 98 75
Mail: thorsten.kaestl@ertug.eu
Ansprechpartner: Thorsten Kästl
Bürozeiten: Mo-Fr 9-17 Uhr

Europabüro Niederbayern

Nördlicher Stadtgraben 9
94469 Deggendorf
Telefon: (0991) 379 11 64
Fax: (0991) 379 111 63
Mail: katja.reitmaier@ertug.eu
Ansprechpartnerin: Katja Reitmaier